

Wissenschaftsskepsis – Politikum oder Analysekonzept?

Beiträge aus der Wissens- und Wissenschaftssoziologie

Anna Schwenck · Arthur Bruckleib · Antje Daniel ·
Michaela Pfadenhauer

Eingegangen: 27. August 2025 / Angenommen: 24. September 2025
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung Das Konzept der Wissenschaftsskepsis gewann im Zuge der Covid-19 Pandemie an Popularität. Epistemische Unsicherheit und Konflikte, das katastrophische Potenzial nicht-konformen Verhaltens, Polarisierungen in der öffentlichen Debatte, autoritäre Bedrohungen und jene neuartige Akteurskategorie der Wissenschaftsskeptiker:innen, Impfgegner:innen und Corona-Leugner:innen waren Elemente jener Gemengelage, in der Politik, Medien und Teile der Sozialwissenschaften vermehrt den Begriff Wissenschaftsskepsis bemühten. Die Beiträge der vorliegenden Collection nähern sich diesem Konzept durch Analysen an, die (1) auf *Semantik* fokussieren, womit der Diskurs um Faktizität und ihre Krise bzw. Wissenschaftsskepsis in der politischen Öffentlichkeit gemeint ist, die sich (2) mit *Wissen* näher auseinandersetzen, was Gegenwissen, Nicht-Wissen und Heterodoxie oder Verschwörung einschließt, und die schließlich (3) das *Verhältnis von Wissenschaft und Politik* reflektieren. Mit diesen Schwerpunkten zielt die Collection darauf, reflexiv-historisierend die politische Funktion des Begriffs und seine Verwendung, die Entstehung eines Forschungsstrangs und das (vermeintliche) Phänomen als ein empirisches zu beleuchten.

✉ Anna Schwenck

Abteilung Soziologie des Osteuropainstituts, Freie Universität Berlin, Berlin, Deutschland
E-Mail: anna.schwenck@posteo.net; anna.schwenck@fu-berlin.de

Arthur Bruckleib

Ehemals Soziologisches Seminar, Universität Basel, Basel, Schweiz

Antje Daniel

Institut für Internationale Entwicklung, Universität Wien, Wien, Österreich
E-Mail: antje.daniel@univie.ac.at

Michaela Pfadenhauer

Institut für Soziologie, Universität Wien, Wien, Österreich
E-Mail: michaela.pfadenhauer@univie.ac.at

Schlüsselwörter Epistemische Unsicherheit · Covid-19 Pandemie/Corona · Verschwörung · Forschungsförderung · Wissenschaftsskepsis

Science Skepticism—a Politicized Issue or a Concept of Analysis?

Contributions from the Sociologies of Knowledge and Science

Abstract The concept of science skepticism was diffused during the Covid-19 pandemic. Epistemic uncertainty and conflicts, the potentially catastrophic effects of non-compliance with state-enforced anti-pandemic restrictions, polarization in public debate, the specter of authoritarian threats and a novel category of actors—science skeptics, anti-vaxxers and Covid-19 denialists/pandemic skeptics—conditioned the situation in which the concept of science skepticism was increasingly mobilized in politics, media and the social sciences. The contributions to this special collection engage with the concept through analyses that can be grouped under three broad themes. The first theme concerns semantics, i.e. discourses about facticity and its crisis or science skepticism in the public sphere. The second theme revolves around knowledge and includes analyses of counter knowledge, not/knowning and conspiracy. The third theme engages with the relationship between politics and Wissenschaft (the scientific field). The collection seeks to illuminate the political function of the concept of science skepticism and its usage, trace the emergence of a research field and analyze the (apparent) phenomenon of science skepticism through empirical studies.

Keywords Epistemic uncertainty · Covid-19 pandemic/Corona · Conspiracy · Research funding · Science skepticism

Im Zuge einer vom deutschen Bundestag eingesetzten Enquetekommission zur Untersuchung der Corona-Pandemie wird die Angemessenheit jener staatlich verordneten Einschränkungen alltäglicher Handlungen zu Zwecken des Infektionsschutzes, die die Covid-19 Pandemie zu einer so einschneidenden Erfahrung für die meisten im deutschsprachigen Raum ansässigen Menschen machte, wieder vermehrt öffentlich debattiert. Ein Begriff, der während der Pandemie populär wurde, ist jener der Wissenschaftsskepsis. Seinen politischen Konnotationen sowie seiner Produktivität als soziologischem Analysekonzept widmet sich die gleichnamige Collection, die wir für die Österreichische Zeitschrift für Soziologie editiert haben.

Die Pandemie stellte eine Situation radikaler epistemischer Unsicherheit dar. Über das, was nun *ist*, konnte man sich nicht sicher sein. Selektive wissenschaftliche Expertise wurde zum Anker einer Politik, die auf die neuartige, dringliche Situation in den Grenzen des Bestehenden zu reagieren suchte. Auch für Interaktionen im unmittelbaren Nahbereich wurden Podcasts und andere öffentlich wirksame Formate richtungweisend, um tatsächliche von befürchteten pandemischen Bedrohungen zu unterscheiden. Wissenschaftliche Erkenntnis sollte sowohl politischen Entscheidungsträger:innen als auch einer breiten Öffentlichkeit als Stütze dienen, um eine unübersichtliche, katastrophentartige Situation zu bewältigen.

Anders als in repräsentativen Demokratien üblich, war die Frage wie ethisch, politisch und ökonomisch angemessenes Handeln nun aussehen könnte, jedoch kaum Gegenstand parlamentarischer Debatten. Vielmehr überwog ein Modus administrativer Problemlösung, der weithin Zustimmung fand und zumindest anfänglich sowohl von den Oppositionsparteien als auch Medien unterschiedlicher politischer Ausrichtung unterstützt wurde. Diese Konstellation war mit ausschlaggebend für eine sich in medialen und lebensweltlichen Kommunikationen aufdrängende Gleichsetzung von Fundamentalopposition, die sich in einer grundsätzlichen Ablehnung allen staatlichen Handelns zu Zwecken des Infektionsschutzes äußerte, mit Opposition, die lediglich spezifische Vorgehensweisen betraf. Man befand sich insofern in einer besonderen Situation, als dass genuine Diskussionen über unterschiedliche Möglichkeiten des kollektiven Infektionsschutzes in den parlamentarischen Debatten sowohl der Schweizerischen Eidgenossenschaft als auch der Republik Österreich und der deutschen Bundesrepublik weitgehend ausblieben. Wie der Verfassungsrechtler Christoph Möllers schon früh auf das deutsche politische System bezogen konstatierte, fanden solche Diskussionen nicht einmal in den sonst für ihre relative Konfliktfreudigkeit bekannten Verhandlungen zwischen Bund und Ländern statt (Dernbach et al. 2020; Möllers 2020). Im Sinne diffundierender „best practices“ kopierten nationale Regierungen die exekutiven Strategien anderer, was zu einer durch die Exekutive dominierten Politik der Nachahmung führte (Pfadenhauer 2021, S. 439). Das Primat der Regierungen und deren augenscheinliche Präferenz für virologische und epidemiologische Expertise mag teilweise der Spezifik der pandemischen Bedrohung geschuldet gewesen sein, die schnelles und koordiniertes Handeln verlangte. Letzteres konnte auf Basis der Modellierbarkeit eines kausalen Zusammenhangs von Abstandsgeboten und verfügbaren Krankenhausbetten sowie Ländervergleichen recht schlicht legitimiert werden – gerade auch weil simple, weit verbreitete und im Sinne eines „common knowledge“ bekannte Erklärungslogiken bedient wurden.¹

Der mediale Fokus richtete sich, auch unterfüttert von soziologischer Forschung (Frei et al. 2021; Daniel et al. 2023a, b; Forschungswerkstatt Corona-Protteste 2021, 2023), früh auf Akteure, die die pandemische Situation und insbesondere ihr Management durch die jeweiligen Regierungen teils scharf und schrill kritisierten. Dieser Fokus mag auch der sich durch Abwesenheit kontroverser Debatten im demokratischen Parteienspektrum aufdrängenden Identifikation von Opposition und Fundamentalopposition geschuldet gewesen sein.² Die Ungewissheit darüber, ob zentrale

¹ Dass die Logik solcher epidemiologischen Modelle und von Ländervergleichen auch schon vor der Pandemie populär waren, mag zu ihrer legitimierenden Funktion beigetragen haben. Man denke nur an die Popularität der ländervergleichenden Glücksforschung, die in ihrer sozialmedialen Aufbereitung gar nicht oder kaum auf Statusunterschiede eingeht und darin der Aussparung der Sozialstruktur des Infektionsgeschehens im pandemiebezogenen Expertendiskurs ähnelt (Pfadenhauer 2021). Solche Logiken korrespondieren zudem mit jenen von Bewertungen (Rankings), die unsere Sozialität im digitalen Kapitalismus alltäglich prägen (Fourcade und Healy 2024).

² Ein anderer Erklärungsansatz für die beobachtbare Polarisierung betrifft die so genannte Postnormalität in der öffentlichen Auseinandersetzung. Derzufolge verschieben sich öffentliche Aushandlungen qualitativ dadurch, dass Verstößen gegen Normen nicht mehr primär durch Rüge (und Strafe) der sich abweichend verhaltenden Individuen begegnet werden – was idealtypisch mit der Wiederaufnahme der Normverletzenden in öffentliche Kommunikation und der Bekräftigung der allgemeinen Verbindlichkeit

Akteure der pandemiekritischen Szene – von denen bei einigen anzunehmen war, dass sie aus politisch-strategischem Kalkül mit Verkehrungen ins Gegenteil (Sasse 2023) operierten – tatsächlich davon überzeugt waren, dass das Virus oder die pandemische Situation fingiert waren, oder ob sie die kollektive Verunsicherung lediglich als Einfallstor für autoritäre Bestrebungen zu nutzen suchten (Heitmeyer 2024), verließ der Beschäftigung mit vermeintlichen Wissenschaftsskeptiker:innen Dringlichkeit. Ob und in welchen Situationen man es nun mit politisch radikal Rechten oder lediglich mit Personen eigenwilliger Realitätsauffassung und Verschwörungsnarrativen folgenden Menschen zu tun habe, war eine diesen Berichten zu Grunde liegende Frage. Sicherlich wurde die Gleichsetzung von Opposition und Fundamentalopposition auch dadurch verstärkt, dass sich unter den Maßnahmenkritiker:innen auch Stimmen fanden, die den Tod vulnerabler Gruppen explizit als Kollateralschaden in Kauf nahmen. Nicht zuletzt wurden die Proteste zu einem zentralen Bestandteil der medialen Berichterstattung über die Pandemie, weil sie die prekäre Faktizität der für alle durch Unsicherheit geprägten Situation versinnbildlichten und in einer neuartigen Akteurskategorie – nämlich der von Wissenschaftsskeptiker:innen, Verschwörungstheoretiker:innen oder Corona-Leugner:innen – verdinglichten.

1 Zur Collection

In dieser Gemengelage von epistemischer Unsicherheit, katastrophischem Potenzial nicht-konformen Verhaltens, Polarisierungen der öffentlichen Debatte, autoritären Bedrohungen und neuer kollektiver Akteure wurde Wissenschaftsskepsis einerseits als ein Politikum, andererseits aber auch vermehrt als ein zur Anwendung gebrachtes Analysekonzept popularisiert. Diesem Spannungsfeld zwischen Politikum und Analysekonzept widmet sich diese Collection in kritischer Absicht.

Dabei verstehen wir unter einer kritischen Auseinandersetzung zunächst die Untersuchung jener machtvollen politischen und gesellschaftlichen Institutionen, welche die Semantik von „Wissenschaftsskepsis“ und ihre Beforschung befördern und mithervorbringen. Die Legitimation politischer Maßnahmen durch wissenschaftliche Expertise (Bogner 2021) wurde im Verlauf der Pandemie in bis dato unbekanntem Ausmaß zum Gegenstand öffentlicher Debatten. Die damit einhergehende Konjunktur des Begriffs der „Wissenschaftsskepsis“ trug auch dazu bei, die durch die *Art* der verabschiedeten Maßnahmen verschärften sozialen Benachteiligungen wirtschaftlich schwächer gestellter Statusgruppen zu rechtfertigen. Die Debatte um „Wissenschaftsskepsis“ kann also, zumindest potenziell, als Strategie zur Eindämmung unliebsamer, aber gerechtfertigter Kritik betrachtet werden. Die Relevanz der hier vorgenommenen kritischen Auseinandersetzung liegt – aus dieser Perspektive betrachtet – darin, politische Herrschaft in das Blickfeld von Sozialwissenschaften und Öffentlichkeit zu rücken. Welche Zuschreibungen und Attribute bestimmen die

der Normen einhergeht. Stattdessen bestehe die qualitativ neue Tendenz darin, dass all jene, die sich aus der Sicht der jeweils anderen Partei als deviant verhalten, nicht mehr als zum Kommunikationsraum Zugehörige verstanden wurden (Langenohl 2019).

gesellschaftliche und politische Rolle wissenschaftlichen Wissens in der öffentlichen Auseinandersetzung?

Andererseits verstehen wir unter einer kritischen Widmung die empirische Auseinandersetzung mit den Weltbildern der als wissenschaftsskeptisch markierten Personenkreise. Deren Haltungen sind oftmals weniger genuin wissenschaftsskeptisch als durch ein eigensinniges Verständnis davon, wie Wissenschaft *eigentlich* funktionieren sollte, gekennzeichnet. Eine in diesem Sinne kritische Analyse von Wirklichkeitskonstruktionen erhellt deren soziologische und lebensweltliche Dimensionen, insofern von psychologischen Deutungen abgesehen wird. Sie grenzt sich durch diese Fokussierung dezidiert von einer bloßen Wiedergabe (vermeintlich) wissenschaftsskeptischer Positionen in einem sozialwissenschaftlichen Forum ab.

Dass sich die vorliegende Collection sowohl der Semantik von Wissenschaftsskepsis als auch den Sinnstrukturen möglicher Wissenschaftsskeptiker:innen kritisch widmet, kommt jedoch keinesfalls einer grundlegenden Absage an Forschung, die sich dem Konzept affirmativ zuwendet, gleich. Vielmehr fand die vorliegende Collection gerade in der Absicht einen Anstoß, den potenziellen analytischen Gehalt von Wissenschaftsskepsis als einem sozialwissenschaftlichen Konzept auszuloten.

Ihren Ausgangspunkt fand sie in einer Podiumsdiskussion, die Michaela Pfadenhauer und Arthur Buckenleib im Rahmen des Kongresses der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie im Sommer 2023 veranstalteten. Die Teilnehmenden – Alexander Bogner, Antje Daniel, Katharina Miko-Schefzig, Michaela Pfadenhauer und Oliver Nachtwey – verglichen empirische Forschungen zu den Corona-Protesten sowie zur Impfgegnerschaft mit konzeptionellen Arbeiten zum Begriff Wissenschaftsskepsis. Sie eruierten, inwieweit die – beiläufige oder explizite – Kategorisierung der untersuchten Personengruppen als „wissenschaftsskeptisch“ empirisch belegbar und analytisch gewinnbringend ist.

Die Verortung dieser Debatte in einem österreichischen Forum ist folgerichtig, da die Pandemie hier Anstoß zu sozialwissenschaftlicher Forschung über Wissenschaftsskepsis gab. Dabei spielten die Förderstrategien der Österreichischen Bundespolitik eine zentrale Rolle. Im Rahmen der auf eine Sondererhebung des Eurobarometers zu den Einstellungen und Kenntnissen der Europäischen Bürger:innen zu Wissenschaft und Technologie (European Commission 2021) reagierenden Trust in Science and Democracy (TruSD) Strategie des österreichischen Bildungsministeriums wurde eine „Studie zu den Ursachen von Wissenschafts- und Demokratieskepsis in Österreich“ in Auftrag gegeben. Ausschlaggebend hierfür war die Annahme, dass es sich bei Wissenschaftsskepsis um ein grundlegendes strukturelles Problem der österreichischen Gesellschaft handle (Starkbaum et al. 2023). Die 2022 von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) ausgeschriebene Preisfrage „Fakt oder Fake: Wie gehen wir mit der Wissenschaftsskepsis um?“ setzte Wissenschaftsskepsis gar uneingeschränkt als Problem voraus (ÖAW 2023) und katalysierte somit eine konzeptionelle ebenso wie empirische wissenschaftliche Auseinandersetzung.

Die acht Beiträge dieser Collection widmen sich der D-A-CH Region. Sie sammelt empirische Studien zu Deutschland, Österreich und der Schweiz, die im Sinne des explizierten kritischen Verständnisses unterschiedliche Annäherungen an das Konzept bzw. Phänomen der Wissenschaftsskepsis vornehmen. Alle Beiträge

hinterfragen Wissenschaftsskepsis als analytisches Konzept, das keineswegs nur auf Gesundheit bezogen schon länger beforscht wird, doch im Zuge der Pandemie hinaus Popularität erreicht hat. Dazu nähern sie sich dem Konzept (1) über die *Semantik an*, womit der Diskurs um Faktizität und ihre Krise bzw. Wissenschaftsskepsis in der politischen Öffentlichkeit thematisiert werden, (2) über *Wissen*, womit Gegenwissen, Nicht-Wissen und Heterodoxie angesprochen ist; und (3) schließlich über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, das in Krisenzeiten zu verschwimmen droht.

1.1 Semantische Bezüge von Wissenschaftsskepsis

Mit dem Fernziel besserer Wissenschaftskommunikation diagnostiziert *David Kaldewey* eine Krise der Faktizität, die mit der Pandemie eine neue Qualität erfahren habe. Mittels quantitativer Semantikanalyse zeigt er, dass auch der wissenschaftliche Diskurs zu binären Deutungen tendiert. Wissenschaftstheoretisch und -soziologisch informiert entwickelt der Autor Register zur Kritik an dieser postfaktischen Kommunikation, die sich auf das Problem der Demarkation, die konstitutive Unsicherheit wissenschaftlichen Wissens, das Problem der Wertgeladenheit und auf die mit dem disziplinär ausdifferenzierten Wissenschaftssystem einhergehende Pluralität wissenschaftlicher Perspektiven richten.

Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie hat das Problem Wissenschaftsskepsis große Aufmerksamkeit im öffentlichen politischen Diskurs auf sich gezogen. Ausgehend von der Beobachtung, dass dieser verstärkten Problematisierung nicht einfach ein ebenfalls größer gewordenenes Problem zuzuordnen ist, fragt *Nils Kumkar* nach der Form und Funktion der Semantik von Wissenschaftsskepsis. Im Diskurs der politischen Öffentlichkeit ist „Wissenschaftsskepsis“ demnach eine Stilisierung des Problems, dass das Richtige wider verfügbaren besseren Wissens nicht geschieht, die dieses Problem ursächlich mit einer Einstellung vermeintlich skeptischer anderer gegenüber „der Wissenschaft“ verknüpft. Die Semantik entlastet damit das politische System von der Thematisierung der Grenzen seiner Kapazitäten für bindende Entscheidungen. Der Artikel schließt mit einem Plädoyer, sich bei der Untersuchung der Probleme, die unter „Wissenschaftsskepsis“ verhandelt werden, auf konkrete, thematisch und sozial begrenzte, Übersetzungskonflikte zwischen Wissenschaft und Politik zu konzentrieren und die Annahme eines Problems „Wissenschaftsskepsis“ und seine Untersuchung hintanzustellen.

1.2 Nicht-Wissen, Gegenwissen, heterodoxes Wissen

Epistemischen Autoritäten in impfskeptischen Lebenswelten gilt das Interesse des wissenssoziologischen Beitrags von *Katharina Miko-Schefzig*, *Markus Trimmel* und *Michaela Pfadenhauer*. Dafür untersuchen die Autor:innen, wie während der Pandemie durch soziale und diskursive Ausschlussmechanismen illegitimes Wissen entsteht. Anhand qualitativer Interviews und vignettenbasierter Fokusgruppen rekonstruieren sie, wie hier epistemische Autoritäten deshalb Anerkennung finden, weil sie komplexe Themen mit einer Eindeutigkeit behandeln, die im legitimen Wissen

keine Gültigkeit hat. Deren Autorität erlangt zwar durch die Übertragung symbolischen Kapitals eine gewisse Stabilität, bleibt jedoch von aktuellen Diskursen abhängig.

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ist der Gegenstand, anhand dessen sich *Alisa Hirn* dem sozialkonstruktivistisch formulierten Problem von Nicht-Wissen als kontingente Festlegung von Sinn widmet. Die Sicherheitsanforderung und Komplexität der Problematik fordert Verfahren heraus, die zugleich wissenschaftsbasiert und partizipativ angelegt sein sollen. Anhand einer wissenssoziologischen Diskursanalyse werden Umgangsweisen mit Nichtwissen im deutschen Standortauswahlverfahren identifiziert und die Verzögerung dieser Entscheidung als Problem einer sozial unterstellten Endlichkeit von Nichtwissen rekonstruiert.

Auf Basis einer Ethnographie zum verschwörungsideologischen Souveränismus widmen sich *Andrea Kretschmann* und *Lara Rowitz* dem heterodoxen Wissen von so genannten „Reichsbürgern“. Dieses steht wissenschaftlich geteilten Auffassungen diametral gegenüber, und wird somit gemeinhin als wissenschaftsskeptisch eingeordnet. Die Analyse von Interviews mit Mitgliedern der Szene sowie einsehbarer Onlinekommunikation weist hingegen Wissenschaft als einen wesentlichen Bezugspunkt aus – dies jedoch in einem reduktionistischen Verständnis, aus dem heraus sich Überzeugungen als letzte Wahrheit postulieren lassen.

1.3 Wissenschaft und Politik

Anhand von vier Episoden aus der Corona-Pandemie geht *Pascal Berger* der Zuschreibung von Wissenschaftsskepsis durch Medien und Wissenschaft nach. Er unterscheidet Wissenschaftsskepsis als Akteurs-Kategorie, mit der Personen und Positionen als ‚skeptisch‘ markiert werden, von Wissenschaftsskepsis als analytischer Kategorie. Dies sei aber insofern nicht trennscharf, dass auch Akteure, die eine zwar pandemiepolitisch kritische, aber wissenschaftlich vertretbare Position eingenommen hätten, als wissenschaftsskeptisch markiert wurden, womit bestimmte Handlungsoptionen der Pandemie-Governance ausgeschlossen worden seien.

Julia Partheymüller, *Jakob-Moritz Eberl* und *Alexander Bogner* widmen sich dem in der COVID-19-Pandemie sichtbar gewordenen Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, das in Zeiten des Krisenmanagements eine klare Grenzziehung erfordere. Anhand von Umfragedaten aus dem Austrian Corona Panel Project (ACPP) testen sie Hypothesen, die sich aus gegensätzlichen Perspektiven ableiten: während eine technokratische Perspektive die geringe Unterstützung für Eindämmungsmaßnahmen darauf zurückführt, dass Expert:innen ihre Rolle bei der politischen Entscheidungsfindung überschritten hätten, führt die Perspektive der Schuldabwälzung diese zunehmende Skepsis darauf zurück, dass Politiker:innen sich vor Kritik zu schützen versucht hätten, indem sie sich strategisch auf wissenschaftliche Autorität berufen haben. Wahrnehmungen eines technokratischen Überhangs seien demnach in erster Linie auf eine bereits vor der Pandemie bestehende Skepsis gegenüber der Wissenschaft zurückzuführen. Wahrnehmungen einer Schuldabwälzung liege demgegenüber ein immer geringer werdendes Vertrauen in die Regierung zugrunde.

Anhand einer Sekundäranalyse von Umfragedaten, Fokusgruppen und Experteninterviews untersuchen schließlich *Johannes Starkbaum, Erich Griessler, Peter Grand, Fabian Seiser* und *Thomas König* kritische Einstellungen zu Wissenschaft in Österreich. Trotz der Dominanz einer bis zur Idealisierung reichenden positiven Einstellung zur Wissenschaft lassen sich verschiedene Ausprägungen von Kritik ausmachen, die sich auf bestimmte Bereiche der Forschung und Technologie sowie das Verhältnis der Wissenschaft zu anderen gesellschaftlichen Institutionen wie Politik und Wirtschaft richten. Wissenschaftsskepsis als eine systematische und ungerechtfertigte Ablehnung von Wissenschaft beschränkt sich hingegen auf zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung. Den Autoren zufolge erweist sich die Diskussion über Wissenschaftsskepsis in Österreich somit als eine politische Kontroverse über den angemessenen Platz von Wissenschaft in der Gesellschaft.

2 Zur Relevanz von Wissenschaftsskepsis für die Soziologie

Vor dem Hintergrund dieser Beiträge stellt sich uns abschließend die Frage, welche Bedeutung der Auseinandersetzung mit Wissenschaftsskepsis im Zuge der COVID-19 Pandemie für empirische soziologische Forschung in Zeiten von Krisen generell zukommt.

Ganz unterschiedliche Milieus erinnern die Pandemie als eine Zeit tiefgreifender kollektiver Verunsicherung, unabhängig davon, ob die Maßnahmen zum Infektionsschutz übererfüllt (Poppinga et al. 2021), akzeptiert, ignoriert oder gar bekämpft wurden (Schwenck 2023). Die Neuheit dieser geteilten Unsicherheitserfahrung bestand darin, dass für große Teile der Weltbevölkerung die Fragilität von Faktizität erlebbar wurde. Dies war auch mit besonderen Herausforderungen für Soziolog:innen verbunden, die empirisch zur Zeit der Pandemie zu (vermeintlicher) Wissenschaftsskepsis oder verwandten Themen forschten.

Diese Forschungserfahrungen können als „Extremfall“ (Gerring 2006, S. 101) angesehen werden. Denn an ihm tritt in besonderem Maße zu Tage, was Sozialforschung in Zeiten fundamentaler Verunsicherung und autoritärer Bedrohungen methodisch und in ihrem Verhältnis zu Forschungsförderungen berücksichtigen sollte, will sie auf die Polykrise, die autoritären Bedrohungen und die sich in diesem Zusammenhang verändernden Erwartungserwartungen an gemeinsame Realität reagieren (vgl. grundlegend Kusenbach und Pfadenhauer 2025).

Gerade weil fast jede und jeder eine Person aus dem unmittelbaren Bekannten-, Familien-, oder Kolleg:innenkreis kannte, die eine – bisher zumindest dem Anschein nach bestehende – gemeinsame Wirklichkeit des Alltags verließ, signalisierten die Proteste, dass eine Grundfeste demokratischer Willensbildung, nämlich die Möglichkeit simpler Verständigung über Tatsachen ins Wanken geraten war. Wir vermuten, dass Sozialforscher:innen seit der Pandemie auch bei gänzlich anderen Forschungsinteressen davon ausgehen, auf „argumentativ unerreichbare Lager“ (Frankenberg und Heitmeyer 2022, S. 51) zu treffen.

Bisher wurde den sozialen und politischen Bedingungen der Konstruktion einer neuen Akteurskategorie während der Pandemie – Wissenschaftsskeptiker:innen, Coronaleugner:innen, Querdenker:innen, oder der in englischsprachiger Literatur eher

gebrauchte Begriff der *antivaxxers* (della Porta 2023) – vergleichbar wenig Beachtung geschenkt. Aufgrund der potenziell katastrophischen Ausmaße der Infektionsentwicklung sowie dem Wissen um Krisen als Treiber autoritärer Entwicklungen (Frankenberg und Heitmeyer 2022) ist es nicht verwunderlich, dass im Dreieck Politik, Medien und Wissenschaftsförderung der Fokus auf eine Kategorie tatsächlicher und vermeintlicher Gefährder:innen der öffentlichen Gesundheitsordnung und der liberalen Demokratie entstand. Im Sinne der Frage, wie viel kritischer Distanz gute wissenschaftliche Praxis bedarf, gilt es jedoch, die Engführung einer Gefahrenanalyse zu explizieren, die auf ein durch Politik, Medien und Wissenschaftsförderung co-konstruiertes Milieu fokussiert. Diese zu explizieren bedeutet mitnichten, die Konstruktion solcher Milieus *a priori* abzulehnen. Es heißt noch weniger, eine politisch-gesellschaftliche Einordnung der in diesen Milieus vorherrschenden Orientierungen *a posteriori*, also nach der Erarbeitung jenes Weltverständnisses zu meiden, das diese Orientierungen und Verhaltensweisen kontextualisiert und erklärt. Folgt man Robert Wuthnow, sollte Kulturosoziologie gerade den Mut haben, normative Standpunkte bezüglich allgemeiner gesellschaftlicher Anliegen einzunehmen, was ihm zufolge die Formulierung kritischer Abhandlungen und das Voranbringen visionärer Alternativen einschließt (1992).

Jedoch gilt es im Hinblick auf die weithin akzeptierte Einsicht, dass ein Zurück zu einer vor der Krise liegenden „Normalität“ nicht gangbar ist, da gerade diese Normalität die Krise mithervorgebracht hat, zu berücksichtigen, welche *anderen*, nicht Milieu-zentrierten Erklärungen für Infektionsgeschehen und/oder autoritäre Bedrohungen durch diese Fokussierung verblissen. Eine zu starke Konzentration auf Akteurskategorien kann dazu beitragen, eine Verantwortungsabwehr der politischen Entscheidungsträger zu begünstigen – beispielsweise im Hinblick auf die dem Infektionsschutz geschuldete Maßnahme, Schulen zu schließen, während Autohäuser geöffnet blieben. Eine Konzentration auf Akteurskategorien kann auch, und hier ist sozialwissenschaftliche Forschung direkt adressiert, zu einer Vernachlässigung der relationalen Beschäftigung mit strukturellen Erklärungsfaktoren für pandemisches Geschehen und autoritäre Bedrohung beitragen. Diese Erklärungen sind aufgrund ihrer adäquateren Darstellung gesellschaftlicher Komplexität solchen vorzuziehen, die die Gründe für das tatsächliche oder angebliche Verlassen eines gemeinsamen gesellschaftlichen Raumes gegenseitiger Verständigung eher in den Köpfen der Skeptiker:innen verorten als in größeren sozialen Zusammenhängen.

Man mag sozialwissenschaftlich in modernen Gesellschaften immer schon mit einer Fiktion gearbeitet haben – die als forschungspraktische Annahme ja durchaus sinnvoll und produktiv ist (Katz 2004), wenn man Vertrautheitswissen als gegebenes *common knowledge* voraussetzte, also dass „all persons in a group [also ggf. eine Gesellschaft oder ein Sprachraum Anm. d. Verf.] not only know a given fact but knowingly know that all persons know it“ (Patterson 2015, S. 27). Die Pandemie stellt jedoch insofern einen Bruch mit dieser Annahme dar³, dass die Erwartungserwartung

³ Aus globalsoziologischer Perspektive erscheint es fragwürdig, eine durch die US-Politik bestimmte eindeutige Zäsur wie die manchmal genannte des Jahres 2016 zu bestimmen. Beispielsweise waren die im Zuge der Annexion der Krim 2014 einsetzenden Pro Putin-Proteste in Deutschland, die so genannten *Mahnwachen für den Frieden*, sowohl ideologisch als auch organisatorisch zentrale Vorgänger der pandemieskeptischen Bewegung (Schwenck 2023).

an eine geteilte Realität, oder eine geteilte alltägliche Denkvoraussetzung im Sinne Alfred Schützs (Schütz und Luckmann 1985), aller an einem gesellschaftlichen Diskurs Teilhabenden nachhaltig und mit gesellschaftlicher Breitenwirkung irritiert wurde. Soziologische Arbeiten vermuten, dass die Proteste auf eine veränderte, nicht mehr in gleichem Maße geteilte Wahrnehmung von Faktizität zurückzuführen sind – eine These, die es letztlich empirisch zu beantworten gilt (Pfadenhauer et al. 2024).

Auch wenn sich die Rede von unversöhnlich gegenüberstehenden Lagern zumindest in Deutschland als sozialwissenschaftlich nicht haltbar erweist (u. a. Mau et al. 2024), gilt es zusätzlich zu der zuvor skizzierten Irritation einer geteilten alltäglichen Denkvoraussetzung damit umzugehen, dass sich eine Weltsicht durchsetzt, die diese Polarisierung als gegeben annimmt. Deren Verbreitung betrifft auch sozialwissenschaftlich Forschende. Die Gretchenfrage der Pandemie – wie hältst du mit der Maske? – mag vielen als ein Beispiel in Erinnerung geblieben sein, das auch fernab vom medial beleuchteten Protestgeschehen (vermeintlicher) Wissenschafts- oder Pandemieskeptiker:innen für Aufregung sorgen konnte. Epistemische Unsicherheit, Regelbefolgung und Tugend-Signalement waren für alle von der Pandemie Betroffenen eng vermengt. Damit verbunden stellt sich die Frage, inwieweit methodisch ausreichend reflektiert wurde, dass Sozialwissenschaftler:innen während der Pandemie ihr eigenes subjektives Vertrautheitswissen wiedergewinnen mussten. Denn auch sie waren sie mit epistemischer Verunsicherung konfrontiert und mussten damit einen Umgang finden – unter öffentlicher Beobachtung, wenn sie sich medial zu ihren pandemiebezogenen Studien äußerten.

Während das eigene Wiedergewinnen von Vertrautheitswissen unabhängig von Paradigma und Methode Einfluss auf die Art der gestellten Forschungsfragen und die Kommunikation von Ergebnissen haben kann, stellt sich die Aufgabe der Reflexion vor allem für jene, die einer interpretativen Forschungspraxis nachgehen. In ethnographischen Methoden kulturalistischer Tradition fungiert ein solches Vertrautheitswissen als eine Heuristik: Das einem selbst Vertraute wird vom Unvertrauten unterschieden (Pfadenhauer 2017). Aus dieser Spannung in der Beschreibung entsteht Wissen, wenn Unvertrautes, also Alterität, kontextualisiert, dekodiert und innerhalb eines anderen Bezugsrahmens als sinnhaft erklärt wird. Gregory Bateson, auf den sich Erving Goffman oft bezieht, setzte die Konstruktion dieses Bezugsrahmens mit der Aufgabe gleich, beobachtetes Verhalten und Vorstellungen als angemessene Reaktionen auf Wahrnehmungen der Außenwelt zu verstehen (Bateson et al. 1956).

Methodisch verlangt die Situation epistemischer Unsicherheit eine stärkere Reflexion auf den eigenen Prozess der Wiedergewinnung subjektiven Vertrautheitswissens. Wie zuvor angemerkt, vollzogen Forschende zu (vermeintlicher) Wissenschaftsskepsis diese Wiedergewinnung teils in der Rolle von selbst am medialen Diskurs Teilnehmender. Sozialwissenschaftler:innen, die zu den Protesten forschten (Daniel et al. 2023a), sahen sich – im Gegensatz zu jenen Kolleg:innen, die aufgrund ihrer Forschungen zu Ungleichheit, Sozialstruktur, Raum- und Körpersoziologie sowie Bildungsgerechtigkeit für eine kritische Begleitung der Regierungspolitik ebenso zentral waren – mit einer Zahl von journalistischen Anfragen konfrontiert, die mit der sogenannten Russlandexpertise zu Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine vergleichbar ist. Es übersteigt den Rahmen dieser Collection, auf den Wandel öf-

fentlicher Debatten einzugehen. Es sei lediglich angemerkt, dass die Teilnahme am medialen Diskurs auch methodische Implikationen hat – vor allem, wenn das eigene Vertrautheitswissen prekär ist, die öffentliche Debatte unter einem erheblichen Positionierungsdruck stattfindet (Langenohl 2019) und man sich sowohl in seiner Rolle als Wissenschaftler:in als auch in der Rolle eines Public Intellectuals an der Konstruktion einer neuartigen Akteurskategorie beteiligt.

Gerade wenn wir politische Mobilisierungen und Öffentlichkeiten, auch im Sinne von *tiny publics* (Fine und Harrington 2004) ethnographisch beforschen, kann die in der interpretativen Forschungspraxis gängige Normalisierung, to „document ‚them‘ as essentially like ‚us‘, but living in troubled circumstances with which ‚we‘ need not struggle“ (Katz 1997, S. 395–396), dazu führen, dass genuin Politisches als kulturelle Eigenart umgedeutet wird. Diese Verzerrung ist besonders dann wahrscheinlich, wenn nach Abschluss der Analyse die durch Kontextualisierung gewonnenen Erklärungen nicht in größere politische und gesellschaftliche Zusammenhänge eingeordnet werden. Die Gefahr einer solchen Verzerrung besteht aber auch schon allein deshalb, weil im Zuge der Analyse, also in erkenntnisgenerierender Absicht, die politischen Dimensionen von Mobilisierungen immer wieder hintangestellt werden müssen, um zu gewährleisten, dass die Realitäten der Beforschten dadurch miterfasst werden, dass man ihre Handlungen als *adäquate* Reaktionen auf ein Weltverständnis rekonstruiert – die Beforschten werden dann als Teil eines vorrangig kulturell konstruierten Kollektivsubjekts gefasst (vgl. Schiffauer 2002). Der Verzicht auf eine sich an diese Kontextualisierung anschließende politische Einordnung sollte vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen und Emotionen im Feld begründet werden, um den historisch-reflexiven Standpunkt der jeweiligen Forschung transparent zu machen. Die Erarbeitung⁴ eines solchen Standpunkts ist deshalb entscheidend, weil politische Handlungen immer dann am legitimsten erscheinen, wenn sie mit Bezug auf ihre angebliche vopolitische Qualität als „Kulturelement“ naturalisiert werden können. Die Erarbeitung eines Standpunktes, der keinesfalls auf kategoriale Identitätsmarker der forschenden Person reduziert werden sollte – diese aber auch nicht völlig beiseite lassen darf, da sie Interaktionen im Feld beeinflussen können – kann eine wichtige Begrenzung der in der Methode angelegten, jeweils in erkenntnisgenerierender Absicht vollzogenen Tendenz zur Normalisierung und Kulturalisierung darstellen. Laut Sandra Harding (2005) sind die Objektivitätsstandards, die bei der Konstruktion eines solchen Standpunktes angewandt werden, strenger und umfassender als ihre althergebrachten positivistischen Pendanten. Eine solche Konstruktion bedeutet also mitnichten die Aufgabe des Versuchs allgemeine Gesetzmäßigkeiten zu ergründen.

Die vorliegende Collection verbindet empirische Studien über (vermeintliche) Wissenschaftsskepsis mit Betrachtungen zur Semantik von Wissenschaftsskepsis

⁴ Die Betonung der Erarbeitung ist, wie Susan Harding unterstreicht, zentral: „It is hard to overstress the importance of keeping clear that a standpoint is an achievement. If this point is lost, and even some standpoint defenders sometimes lose it, ‚standpoint‘ seems like just another term for a perspective or viewpoint“ (Harding 2005, S. 364). Ein Beispiel für die diversen Auseinandersetzungen mit der eigenen politischen Positionierung gegenüber Beforschten einerseits und Staat andererseits sowie der sich verschiebenden Frage, worin meine Aufgabe als forschende Person liegt, sind die Arbeiten von Kathleen Blew (z. B. Blew 2002).

einerseits und jenen zur Entstehung des Forschungsstrangs Wissenschaftskepsis andererseits. Als solches stellt sie einen Ausgangspunkt für tiefere Erarbeitungen reflexiv-historisierender Standpunkte bezüglich des Themenkomplexes Wissenschaftskepsis und Pandemie dar.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Bateson, Gregory Don D. Jackson, Jay Haley, und John Weakland. 1956. Toward a theory of schizophrenia. *Behavioral Science* 1:251–264. <https://doi.org/10.1002/bs.3830010402>.
- Blee, Kathleen. 2002. *Inside organized racism: women in the hate movement*. Berkeley: University of California Press.
- Bogner, Alexander. 2021. *Die Epistemisierung des Politischen: wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Ditzingen: Reclam.
- Daniel, Antje, Anna Schwenck, und Fabian Virchow. 2023a. Introduction: protests of pandemic skeptics in Germany and Austria. *German Politics and Society* 41:1–15.
- Daniel, Antje, Markus Brunner, und Florian Knasmüller. 2023b. Does gender play a role. A gendered frame analysis of the pandemic sceptic protests in Austria. *German Politics and Society* 41(2):61–69.
- Dernbach, Andrea, Nina Breher, und Jost Müller-Neuhof. 2020. Verfassungsrechtler Christoph Möllers zu Corona: „Wir leben in einem quasi grundrechtsfreien Zustand“. Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/politik/wir-leben-in-einem-quasi-grundrechtsfreien-zustand-5061610.html>. Zugegriffen: 15. Aug. 2025.
- European Commission. 2021. *Citizens' knowledge, perceptions, values and expectations of science: report*. Luxemburg: Publications Office.
- Fine, Gary Alan, und Brooke Harrington. 2004. Tiny publics: small groups and civil society. *Sociological Theory* 22:341–356. <https://doi.org/10.1111/j.0735-2751.2004.00223.x>.
- Forschungswerkstatt Corona-Proteste. 2021. *Corona-Protest-Report. Narrative – Motive – Einstellungen*. Wien: SocArXiv. <https://doi.org/10.31235/osf.io/25qb3>. Preprint.
- Forschungswerkstatt Corona-Proteste. 2023. *Corona-Protest-Report II* (Brunner, Markus/Daniel, Antje/Knasmüller, Florian/Maile, Felix). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86944-4>
- Fourcade, Marion, und Kieran Joseph Healy. 2024. *The ordinal society*. Cambridge: Harvard University Press.
- Frankenberg, Günter, und Wilhelm Heitmeyer. 2022. Autoritäre Entwicklungen. Bedrohungen pluralistischer Gesellschaften und moderner Demokratien in Zeiten der Krisen. In *Treiber des Autoritären: Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 15–86. Frankfurt am Main: Campus.
- Frei, Nadine, Robert Schäfer, und Oliver Nachtwey. 2021. Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen: Eine soziologische Annäherung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34:249–258. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0021>.
- Gerring, John. 2006. *Case study research principles and practices*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Harding, Sandra. 2005. Philosophy and standpoint theory. Negotiating with the Positivist Legacy: New Social Justice Movements and a Standpoint Politics of Method. In *Politics, History, and Culture The Politics of Method in the Human Sciences.*, Hrsg. George Steinmetz, Julia Adams, 346–365. Durham: Duke University Press.
- Heitmeyer, Wilhelm. 2024. *Authoritarian temptations and right-wing threat alliance: the crisis of capitalistic societies in an uncertain future*. Cham: Springer.
- Katz, Jack. 1997. Ethnography's warrants. *Sociological Methods & Research* 25:391–423. <https://doi.org/10.1177/0049124197025004002>.
- Katz, Jack. 2004. On the rhetoric and politics of ethnographic methodology. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 595:280–308. <https://doi.org/10.1177/0002716204267475>.
- Kusenbach, Margarethe, und Michaela Pfadenhauer. *Handbook of interpretive methods in the social sciences*. Cheltenham: Edward Elgar. Im Erscheinen.
- Langenohl, Andreas. 2019. Informationen gegen Fake News. Zur postnormativen Moralisierung der Massenmedien. In *Moralische Kollektive: Theoretische Grundlagen und empirische Einsichten*, Hrsg. Stefan Joller, Marija Stanisavljevic, 75–95. Wiesbaden: Springer.
- Mau, Steffen, Linus Westheuser, und Thomas Lux. 2024. *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Möllers, Christoph. 2020. *Verfassungsrechtliche Grenzen der Pandemiebekämpfung und Grenzen des Verfassungsrechts in der Pandemie*. WWU Münster: Wissenschaft und Öffentlichkeit in der Corona-Krise. <https://www.uni-muenster.de/Wissenschaftstheorie/ringvorlesung/WissenschaftundOeffentlichkeitinderCorona-Krise.html>. Zugegriffen: 15. Aug. 2025.
- ÖAW. 2023. ÖAW-Preisfrage: Antworten auf Wissenschaftsskepsis. <https://www.oew.ac.at/news/oew-preisfrage-antworten-auf-wissenschaftsskepsis>. Zugegriffen: 15. Aug. 2025.
- Patterson, Orlando, Hrsg. 2015. The nature and dynamics of cultural process. In *The cultural matrix. Understanding black youth*, 25–44. Cambridge: Harvard University Press.
- Pfadenhauer, Michaela. 2017. Grenzziehungen, Grenzverläufe, GrenzgängerInnen. Zum kulturalanalytischen Potenzial der Ethnografie. *Forum Qualitative Sozialforschung* 18:12.
- Pfadenhauer, Michaela. 2021. Erforderliche Expertise oder Herrschaft der grauen Herren? Eine professionssoziologische Perspektive auf Expertenwissen zu Beginn der Corona-Pandemie. In *Umstrittene Expertise*, Hrsg. Sebastian Büttner, Thomas Laux, 433–448. Baden-Baden: Nomos.
- Pfadenhauer, Michaela, Katharina Miko-Schefzig, Arthur Buckenleib, und Cornelia Reiter. 2024. Vertraute Lebenswelten der Wissenschaftsskepsis. Die Kritik an der Corona-Impfpflicht als Präludium für den Widerstand gegen interventionistische Nachhaltigkeitspolitik. *Berliner Journal für Soziologie* 34:403–441. <https://doi.org/10.1007/s11609-024-00534-3>.
- Poppinga, Almut, Andreas Streinzer, Carolin Zieringer, Anna Wanka, und Georg Marx. 2021. Moralische Überforderung und die Ambivalenz des Helfens in der Coronakrise. In *Covid-19: Sinn in der Krise*, Hrsg. Jan Beuerbach, Silke Gülker, Uta Karstein, und Ringo Rösener, 75–90. Berlin: De Gruyter.
- della Porta, Donatella. 2023. *Regressive movements in times of emergency: the protests against anti-contagion measures and vaccination during the Covid-19 pandemic*. Oxford: Oxford University Press.
- Sasse, Sylvia. 2023. *Verkehrungen ins Gegenteil: über Subversion als Machttechnik*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Schiffauer, Werner. 2002. Grenzen des ethnologischen Verstehens. In *Grenzen des Verstehens: philosophische und humanwissenschaftliche Perspektiven*, Hrsg. Gudrun Kühne-Bertram, Gunter Scholtz, 231–246. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schütz, Alfred, und Thomas Luckmann. 1985. *Strukturen der Lebenswelt*. Bd. I. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schwenck, Anna. 2023. Performances of closeness and the staging of resistance with mainstream music: analyzing the symbolism of pandemic skeptical protests. *German Politics and Society* 41:35–60.
- Starkbaum, Johannes, Katrin Auel, Valentina Bobi, Simon Fuglsang, Peter Grand, Erich Griessler, und Thomas König. 2023. *Endbericht. Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie*. Wien: IHS.
- Swidler, Ann. 1995. Cultural power and social movements. In *Social movements and culture*, Hrsg. William Gamson, Hank Johnston, und Bert Klandermans, 25–40. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Wuthnow, Robert. 1992. *Vocabularies of public life: empirical essays in symbolic structure*. London: Routledge.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.

Dr. Anna Schwencs Forschung liegt an der Schnittstelle von Wissens-, Kultur- sowie politischer Soziologie. Ihre Monographie über flexiblen Autoritarismus wurde 2024 mit dem Mary Douglas Prize der American Sociological Association ausgezeichnet. In ihrem neuen Forschungsprojekt ergründet sie die Rolle moralischen Kapitals – der erfolgreiche Versuch durch ausgewählte Essens-, Verhaltens- und Konsumpraktiken Anerkennung zu ernten – für gesellschaftliches Aufstiegsstreben und Sinnsuche unter zunehmend autoritären Bedingungen. 2026 ist sie als Gastwissenschaftlerin am Department of Sociology der Universität Trento und Fellow am Forum Basiliense der Universität Basel. <https://www.soc-res.net/>

Arthur Bruckleib hat als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Wien und Basel aus wissenschaftlichen und kultursoziologischen Perspektiven zu Rechtsextremismus, den Coronaprotesten und Verschwörungstheorien geforscht und ist aktuell als Mittelschullehrperson in Wien tätig.

PD Dr. Antje Daniel ist Senior Scientists am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit sozialen Bewegungen, wie den Corona-Protesten, der Klimabewegung oder auch Proteste für Demokratisierung. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen daher in der Politischen Soziologie, der Umweltsoziologie, der Gegenwartsdiagnostik und der Forschung zu Zukunft und Utopie. Aktuell leitet sie zwei Forschungsprojekte das FWF finanzierte Project zu „Youth activism and Fridays For Future: A global and intersectional perspective“ und ein Teilprojekt zu „Fostering international civil society cooperation: the EU CSDDD as a new entry point for just transition“.

Dr. Michaela Pfadenhauer ist Professorin für Soziologie (Arbeitsbereich Wissen und Kultur) an der Universität Wien, derzeit Dekanin der Fakultät für Sozialwissenschaften und Mitglied des Konzils der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Forschungsschwerpunkte: Wissenschaftsskepsis, Krise professioneller Expertise, Kommunikative KI, Interpretative Sozialforschung. Aktuelle Veröffentlichung u. a.: Vertraute Lebenswelten der Wissenschaftsskepsis. In: Berliner Journal für Soziologie 2024, Jg. 35, S. 403–441 (gemeinsam mit Katharina Miko-Schefzig, Arthur Buckenleib und Cornelia Reiter).